

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

Expertenkommission Wohnungspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die unabhängige Expertenkommission Wohnungspolitik um sechs weitere Mitglieder zu ergänzen.

Dazu sollten das Vorschlagsrecht erhalten:

1. eine Mieterorganisation aus einer Großstadt aus Westdeutschland (Köln);
2. eine Mieterorganisation aus einer Großstadt aus Ostdeutschland (Leipzig);
3. der Aufsichtsrat einer Wohnungsbaugesellschaft aus Ostdeutschland (Berlin-Marzahn);
4. der Aufsichtsrat einer Wohnungsbaugenossenschaft aus Ostdeutschland (Dresden);
5. eine Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Mieterberatung aus Berlin (Berlin-Friedrichshain);
6. ein vor allem in Ostdeutschland tätiger Behindertenverband (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ – ABiD).

Bei der Auswahl der zusätzlichen sechs Mitglieder sind vorrangig Frauen zu berücksichtigen.

Bonn, den 26. Oktober 1992

Dr. Ilja Seifert
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Mit der Berufung der zwölfköpfigen Kommission hat die Bundesregierung ihr erklärtes Ziel, eine größtmögliche Unabhängigkeit der Kommission zu wahren und gleichzeitig ein größtmögliches Meinungsspektrum zu sichern, nicht erreicht.

Betrachtet man die Wohnung nicht nur als Wirtschaftsgut, sondern auch als eine menschliche Existenzbedingung, als Sozialgut, dann kommt man nicht umhin, auch die Wohnungsnutzer, respektive die Gruppe der Mieterinnen und Mieter, in diesem Meinungsspektrum zu berücksichtigen. Deswegen ist es notwendig, neben Wissenschaftlern, Wohnungsunternehmern und Vertretern von Banken auch zwei Vertreter von Mieterorganisationen in die Expertenkommission zu integrieren.

Unbestritten ist, daß Ursachen, gegenwärtige Situation und Konzepte zur Überwindung der Wohnungsnot in Ost- und Westdeutschland sich stark voneinander unterscheiden. In der gegenwärtigen Kommission befindet sich kein Vertreter aus Ostdeutschland; dieses Defizit kann mit der Berufung von fünf Mitgliedern aus den neuen Bundesländern entsprechend diesem Antrag (Positionen 2 bis 6) behoben werden. Mit je einem Vertreter einer ostdeutschen Wohnungsbaugesellschaft und einer Wohnungsbaugenossenschaft werden zwei Mitglieder in die Kommission integriert, die mit den spezifischen Eigentums-, Sanierungs-, Finanzierungs- und Mieterproblemen in Ostdeutschland am nächsten und direktesten konfrontiert sind und vor der Aufgabe stehen, einen Interessenausgleich zwischen Politik, Vermieter und Mieter zu erreichen.

Dem sehr großen Sanierungsbedarf in Ostdeutschland Rechnung zu tragen, ist ein großes finanzielles, städtebauliches und soziales Problem. Deshalb wird vorgeschlagen, eine Vertreterin/einen Vertreter der gemeinnützigen ASUM GmbH in die Expertenkommission zu berufen. ASUM ist eine Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Mieterberatung, welche seit mehr als zehn Jahren im Auftrag des Berliner Senats an der Sozialplanung bei öffentlich geförderten Maßnahmen zur Stadtreparatur mitwirkt, von Modernisierungsmaßnahmen betroffene Mieterinnen und Mieter berät und gutachterlich, planerisch und konzeptionell tätig ist. ASUM ist seit Dezember 1991 im Ostberliner Bezirk Friedrichshain und dort insbesondere im Sanierungsgebiet Samariterviertel tätig.

Zunehmende Bedeutung bei der Gestaltung von Städten und Gemeinden erlangen behindertengerechte Lösungen. Deshalb schlagen wir vor, eine Vertreterin/einen Vertreter eines Behindertenverbandes in die Kommission aufzunehmen.

Völlig unakzeptabel ist die Tatsache, daß in der bisher zwölfköpfigen Kommission nur Männer vertreten sind. Da von der Lösung der Wohnungsprobleme Frauen mindestens ebenso betroffen sind, ist es erforderlich, bei der Auswahl der sechs weiteren Mitglieder Frauen bevorzugt zu berücksichtigen.